

Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

Information der Redaktion

Der Vorstand des OWUS Dachverbandes hat in Abstimmung mit dem Vorstand Berlin-Brandenburg beschlossen, den Newsletter des LV schrittweise zu einem Newsletter für den gesamten Dachverband umzugestalten. Der Verteiler wird nach Übermittlung der betreffenden Mailadressen erweitert und Informationen aus den anderen LV werden mit aufgenommen (soweit sie der Redaktion übermittelt werden! Redaktionsschluss 25. des Monats).

Fachgespräch „Mindesthonorar für Solo-Selbständige – Weg oder Irrweg?“

Am 23. April fand in Erfurt ein Fachgespräch von Linksfraktion und OWUS Thüringen zum o.g. Thema statt. Dietmar Bartsch erläuterte seinen diesbezüglichen Vorschlag vom September vorigen Jahres. Den Standpunkt von OWUS legte Rolf Sukowski dar (bisherige Veröffentlichungen zum Thema sowie das Impulsreferat von RS - siehe www.OWUS.de). In einer sehr angeregten Diskussion u.a. mit Vertretern von ver.di, der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie der IHK Südthüringen wurde Pro und Kontra dieses Vorschlags erörtert. Insbesondere ging es dabei um die Realisierbarkeit eines solchen Vorschlages. Seitens OWUS wurde die Notwendigkeit der Einordnung in ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer unterstrichen.

Weitere Informationen werden nach Vorlage einer Zusammenfassung der Fraktion auf unserer Homepage veröffentlicht.

Siehe auch – Kleine Anfrage an die Bundesregierung vom 19. April 2016 zu den Arbeitsbedingungen von Crowdworkern <http://www.dietmar-bartsch.de/2016/04/22/arbeitsbedingungen-von-crowdworkern/>

OWUS-Dachverbandskonferenz in Erfurt – „Sozialcharta für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer“

"Sozialcharta für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer" lautet der am 23. April in Erfurt gefasste Beschluss des OWUS-Dachverbandes. Anlässlich der Delegiertenversammlung, auf der turnusmäßig auch der neue Vorstand gewählt wurde, bündelte OWUS seine Forderungen nach Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen für diese Gruppe von Selbständigen. Dass insbesondere Solo-Selbständige eines besonderen Schutzes bedürfen ist inzwischen unter verschiedenen politischen Akteuren Konsens. Diesem Schutzbedürfnis Nachdruck zu verleihen enthält der Erfurter Beschluss konkrete Vorschläge und Forderungen - von der Verbesserung der Einbeziehung in die sozialen Sicherungssysteme, der Verhinderung drohender Altersarmut bis zur Verbesserung der Einnahmebedingungen, u.a. durch Modelle für Mindesthonorare, verbesserter Kreditbedingungen, Schutz bei Zahlungsausfällen. Von den öffentlichen Auftraggebern verlangt OWUS dabei eine Vorbildwirkung. Dies erfordert jedoch u.a. eine bessere Finanzausstattung bspw. von Hochschulen u. a. Bildungseinrichtungen.

Nach redaktioneller Fertigstellung wird der Beschluss in den nächsten Tagen auf unserer Homepage veröffentlicht werden.

Ergänzende Information – siehe „Crowdworking - Die digitalen Tagelöhner“, eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung in „Böckler Impuls“ 06/2016

http://www.boeckler.de/64443_64455.htm

Aus dem Dachverband

Am 23. April fand in Erfurt durch die DV-Konferenz die turnusmäßige Wahl des neuen Vorstands für die Wahlperiode 2016 – 2019 statt. Zum Vorsitzenden wurde wiedergewählt Rolf Sukowski (Vorstandsvorsitzender BB), als Stellvertreter Gerd Beck (Vorstandsvorsitzender TH) und Kerstin Kassner (MdB, Einzelmitglied aus MV), als Schatzmeister Jürgen Meergans (BB). Beisitzer sind Detlef Massow (Vorstandsvorsitzender ST) und Luise Neuhaus-Wartenberg (MdL, Vorstandsvorsitzende SN).



Vertreter der Landesverbände aus BB, SN, ST und TH in Erfurt

Aus den Landesverbänden

Vorstandssitzung von OWUS Berlin-Brandenburg

Am 14. April fand die erste Beratung des im März neu gewählten Vorstands statt. In Auswertung der Mitgliederversammlung wurden die Arbeitsschwerpunkte bis Ende 2016 beschlossen.

- a) Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin am 18. September - bei Stammtischen, Unternehmertreffs u.Ä. sollen gezielt Fragen zu den insbesondere Kleinunternehmen berührenden Fragen gestellt werden (siehe auch Terminvorschau)
- b) Zur Weiterentwicklung der Gemeinwohl-Ökonomie wird für den Herbst eine gemeinsame Vorstandssitzung mit dem GWÖ-Verein BB vorgeschlagen
- c) Soziale Absicherung – zielgerichtet erfolgt die Vorbereitung auf eine mögliche Anhörung im Bundestag; ggfs. wird für Ende 2015/Anfang 2016 ein eigenes Fachgespräch mit Vertretern verschiedener Institutionen und Verbände organisiert; Initiierung von Anfragen zur sozialen Situation im Bundestag sowie im LT BB und AbgH BE (nach der Wahl)

Stammtisch Berlin

„Regierungsbeteiligung ja – nein? Zulauf der AfD in Berlin – Der Wahlkampf hat begonnen“ lautete am 19. April das Thema des Unternehmerstammtisches mit Udo Wolf, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Berliner AbgH. In einer teilweise durchaus kontroversen Diskussion ging es neben landespolitischen Themen vor allem auch um die Flüchtlingspolitik in Deutschland und die Haltung der LINKEn dazu (was ist ein „linkes“ Einwanderungsgesetz?).

Auch die Rolle von Solo-Selbständigen und Scheinselbständigen (?) will DIE LINKE im beginnenden Wahlkampf thematisieren. Gefordert wurden klare, prägnante und für den Bürger verständliche Aussagen darüber was die LINKE in Berlin will.

Stammtisch Potsdam

Die Flüchtlingspolitik im Land Brandenburg stand am 26. April in Potsdam im Mittelpunkt des Unternehmerstammtisches. Gemeinsam mit Andrea Johlige, Sprecherin für Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Brandenburger Linksfraktion, als Gast, wurde die gegenwärtige Situation der Flüchtlinge im Land debattiert. Zahlenmaterial, Herangehensweisen des Landes und des Bundes, Ehrenamt und Asylgesetz standen im Mittelpunkt der Diskussion. Aber auch die Politik der Linken insgesamt wurde von den teilnehmenden Unternehmern angesprochen. Auswirkungen der Regierungsbeteiligungen, Konzepte der Partei für anstehende Probleme und Politikstil und sinkende Umfragewerte standen zur Debatte. Insgesamt zeigte das Meinungsbild, dass weitere Gespräche mit Vertretern der Linken, aber auch anderer Parteien, erforderlich sind, um den Forderungen der kleinen Unternehmer an die Politik mehr Nachdruck zu verleihen. Der Vorschlag von Uwe Richter, als linksnaher Unternehmerverband, gesetzliche Veränderungen auf den Gebieten der Werkverträge und Leiharbeit für die Arbeitnehmer öffentlich einzufordern, wurde begrüßt und wird an den Vorstand von OWUS BB herangetragen.

Bezüglich der Teilnehmerresonanz (es waren 8 Mitglieder anwesend) sollten durch den Vorstand, gemeinsam mit der LAG LiU, Überlegungen zur Gestaltung des Stammtisches vorgenommen werden.

OWUS bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft

Am 16. April tagte die BAG „Linke Wirtschaftspolitik“ im Bürogebäude Franz-Mehring Platz1, an der auch der Schatzmeister des Dachverbandes von OWUS, Dr. Jürgen Meergans und das geschäftsführende Vorstandsmitglied von OWUS BB, Robert Gadegast, teilnahmen. Im Mittelpunkt standen wirtschaftspolitische Themen, welche für ein mögliches linkes Wirtschaftskonzept geeignet wären. Einführungsvorträge wurden vom MdB, Axel Troost, dem Vertreter von verdi, Ralf Krämer und Robert Gadegast, der auf unserer Homepage

nachlesbar ist, gehalten. Generell wurde deutlich, dass es unterschiedliche Auffassungen in der Bundestagsfraktion der Linken in der Schwerpunktsetzung gibt und die Grundgedanken der BAG zu wenig Gehör finden. „Wir drehen uns seit Jahren im Kreise“, so formulierte es Judith Dellheim, von der Rosa-Luxemburg Stiftung, treffend und damit auch etwas deprimierend. Dennoch ist es erforderlich, immer wieder unsere wirtschaftspolitischen Vorstellungen gegenüber der Linken deutlich zu machen und mit Sachverstand und Argumentationen diesen Prozess qualitativ voranzubringen.

Gratulation an das „neue deutschland“ zum 70. Geburtstag

Wir gratulieren unserem Verbandsmitglied „neues deutschland“ zum 70sten Geburtstag, verbunden mit dem Dank für die mediale Begleitung und auch Unterstützung unserer Arbeit in den vergangenen Jahren durch Euer Team. Bleibt weiter kapitalismuskritisch und konstruktiv in diesen bewegten Zeiten – Ihr werdet mehr denn je gebraucht. Im Namen der Mitglieder des linken Unternehmerverbandes OWUS e.V.

Aus der Anzeige am 23. April im „neuen deutschland“

OWUS auf  www.facebook.com/owus.dachverband

24. April: Erfolgreich "abgeschossen" - Helmuth Markov, Mitbegründer von OWUS ist als Justizminister in Potsdam zurückgetreten wegen einer Versäumnis von vor 6 Jahren! 453 Euro wiegen eine jahrelange erfolgreiche Arbeit als Finanz- und Justizminister auf! Es sind seltsame Maßstäbe, die dort angelegt werden. Aber die LINKE steht nun mal unter besonderer Aufsicht der Öffentlichkeit, egal wie die konkrete Person heißt. Das sollten sich alle Mandatsträger ständig bewusst sein - was bei den einen eine Mücke wäre wird bei anderen ganz schnell zum Elefanten. Helmuth, wir danken Dir für Deine Arbeit in Brüssel und Potsdam!

26. April: 30 Jahre Tschernobyl und kein Ende - diese Woche weilt eine Delegation aus Belarus als Gast von SODI e.V. in Berlin und Brandenburg. Sie berichteten am Sonntag anlässlich von nd-live über die Situation vor Ort. Besonders schlimm betroffen sind die Kinder - sie bedürfen Kuraufenthalte, um ihre Körpern zumindest teilweise zu entgiften, Und nach der Kur ist vor der nächsten Kur! Finanziert werden diese Kuren in unbelasteten Gegenden von Belarus u.a. durch Spenden von SODI e.V.
http://www.sodi.de/.../belarus_tschernobyl_kinder_nicht_verg.../

Wirtschaftsnachrichten

Rente mit 70 bedeutet Schuften bis zum Umfallen

Jede Erhöhung des Renteneintrittsalters bedeutet, dass mehr Menschen ihr Rentenalter gar nicht mehr erleben. Im Jahre 2014 waren 15,8 Prozent aller Gestorbenen 65 Jahre oder jünger; 21,8 Prozent waren 70 Jahre oder jünger. Fakten dazu von Sabine Zimmermann (MdB, DIE LINKE) auf

<http://linksfraktion.de/nachrichten/rente-70-bedeutet-schuften-umfallen/>

Europa vor dem Crash

Von Oskar Lafontaine, Stefano Fassina und Fabio De Masi

In einem gemeinsamen Gastartikel, der am 07.04.2016 in der FAZ veröffentlicht wurde, warnt Fabio De Masi (MdEP (*DIE LINKE / GUE/NGL*)) zusammen mit Oskar Lafontaine und Stefano Fassina vor einer weiteren Finanzkrise. Sie fordern, dass die EZB endlich dringend benötigte Investitionen finanzieren solle. Passiere dies nicht, müssten Regierungen wieder selbst eine demokratische Geldpolitik verfolgen. Die nächste Finanzkrise wird kommen. Die Deregulierung der Finanzmärkte, die Privatisierung der Rentensysteme, die wachsende soziale Ungleichheit sowie die Kürzung von Staatsausgaben drängt immer mehr Geld auf die Finanzmärkte, weil es an Nachfrage und Investitionen in der realen Wirtschaft fehlt.

[Weiterlesen...](#)

Zurück in die Zukunft

Kurztext: Rente ab 70? Für Sozialforscher Florian Blank ist das die falsche Diskussion: Vielmehr fordert er im Gespräch mit tagesschau.de eine Grundsatzdebatte darüber, was uns ein gutes Rentensystem wert ist. Sein Lösungsansatz: Die öffentliche Rentenversicherung wieder stärken.

<http://www.tagesschau.de/inland/interview-florian-blank-renteabsiebzig-101.html>

Monatsbericht des Bundesministeriums der Finanzen

Neu erschienen am 21. April 2016 – u.a. mit den Themen Neuregelungen zu den Investitionsabzugsbeträgen in der steuerlichen Gewinnermittlung, Entwurf des Bundeshaushalts 2017 sowie des Finanzplanes 2016 – 2020.

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2016/04/monatsbericht-04-2016.html>

TTIP & Co.

Am 15. April wurden auf über 1.600 Seiten Unterschriften zur „[Angela Merkel und @SigmarGabriel: Einblick für alle in die TTIP-Unterlagen! #ttiptransparenz](#)“ im Bundeswirtschaftsministerium an Frau StSin Zypries übergeben!

https://www.change.org/p/angela-merkel-und-sigmargabriel-einblick-f%C3%BCr-alle-in-die-ttip-unterlagen-ttiptransparenz/u/16232384?tk=RCsVOgn9LB_d_B0DOuiY88vQ9uYUuTwpKgtgtuQtKyk&utm_source=petition_update&utm_medium=email

„TTIP – und der Protest von Unternehmen“ hieß am 20. April das Thema des ersten Berliner Unternehmensgesprächs Umwelt. Ethik. Gemeinwohl., getragen von UnternehmensGrün Berlin-Brandenburg, Gemeinwohl-Ökonomie Berlin-Brandenburg und taz, die Tageszeitung.



Anlässlich des Deutschland-Besuches von US-Präsident Barack Obama in Berlin und auf der Hannover Messe wurde gefragt – „Inwiefern gefährdet das geplante Transatlantische Handelsabkommen TTIP eine ethische Unternehmensführung, die Umwelt und das Gemeinwohl?“ Der Chefvolkswirt des BVMW Dr. Hans-Jürgen Völz stellt die Ergebnisse einer Mitgliederbefragung (800 von 200.000 Unternehmen nahmen teil) zu TTIP vor - und welche Punkte der Mittelstand besonders kritisch sieht. Fazit der Befragung – die Unternehmen sehen zur Überraschung der Fragesteller vorrangig Risiken und weniger Chancen. Der Verband ist für TTIP, jedoch mit Änderungen. Mit dieser Meinung hatte der Redner ein weitest gehendes Alleinstellungsmerkmal bei der Veranstaltung. Der Unternehmer Guido Körber aus Schönefeld vertrat die Initiative „KMU gegen TTIP“ (<http://www.kmu-gegen-ttip.de/>) und ging im Detail darauf ein, warum die Harmonisierung technischen Normen nur leere Versprechungen sind und die Gefahr des „Einbahnstraßen-Effekts“ droht. In vielen Bereichen bspw. der Standardisierung und Auftragsvergabe kann die US-Regierung nur für die föderale Ebene sprechen, nicht jedoch für die 50 Bundesstaaten (das NAFTA-Abkommen mit Kanada und Mexiko wurde 1994 geschlossen und ist bisher erst in 39 Bundesstaaten umgesetzt!) Die Geschäftsführerin von UnternehmensGrün Dr. Katharina Reuter stellte aufgrund von eigenen Studienergebnissen die Auswirkungen von TTIP auf Betriebe der Agrar- und Ernährungswirtschaft dar. Insbesondere gentechnisch veränderte Pflanzen (Anteil von GVO in der US-amerikanischen Pflanzenproduktion z.B. bei Mais 90%, bei Zuckerrohr/-rüben 95%) , höhere Grenzwerte [„Maximum Residue Levels“, MRL] bei Pestiziden (Glyphosat bei Spargel – USA 0,50 mg/kg, EU 0,01 mg/kg sowie die Agrarindustrie gefährden die bäuerlichen Kleinbetriebe.

<http://www.unternehmensgruen.org/blog/2016/01/15/studie-von-unternehmensgruen-veroeffentlicht/> .

Aus dem Newsletter des Bundesanzeiger-Verlages

EU-Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung

Mit der Verordnung zur Einführung eines Verfahrens für einen europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung im Hinblick auf die Erleichterung der grenzüberschreitenden Eintreibung von Forderungen in Zivil- und Handelssachen soll die Eintreibung grenzüberschreitender Forderungen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen erleichtert und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen in Streitfällen mit grenzüberschreitendem Bezug vereinfacht werden.

<http://www.bundesanzeiger-verlag.de/nc/spezial-gesetze/feed/detail/artikel/europaeischer-beschluss-zur-vorlaeufigen-kontenpfaendung-18348.html>

Insolvenzanfechtung

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtungen nach der Insolvenzordnung und dem Anfechtungsgesetz vorgelegt.

Die Insolvenzanfechtung erlaubt dem Insolvenzverwalter den Zugriff auf vorinsolvenzliche Abflüsse aus dem schuldnerischen Vermögen, um diese als Haftungsgrundlage für die gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubiger wieder verfügbar zu machen. Damit soll den Gläubigern im Rahmen eines geregelten Verfahrens eine gleichmäßige Befriedigung ihrer Ansprüche verschafft werden.

<http://www.bundesanzeiger-verlag.de/nc/spezial-gesetze/feed/detail/artikel/insolvenzanfechtung-18350.html>

Bessere Qualität von Sachverständigengutachten

Anlass für den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sachverständigenrechts und zur weiteren Änderung des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sind Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode zur Gewährleistung der Neutralität gerichtlich beigezogener Sachverständiger sowie zur Verbesserung der Qualität von Gutachten.

<http://www.bundesanzeiger-verlag.de/nc/spezial-gesetze/feed/detail/artikel/bessere-qualitaet-von-sachverstaendigengutachten-18351.html>

Terminvorschau

1. 06. Mai 2016 von 9 – 11 Uhr im KulturGut Alt-Marzahn - **Unternehmerfrühstück Marzahn-Hellersdorf** mit Klaus Lederer, Landesvorsitzender DIE LINKE und Spitzenkandidat zur AbgH-Wahl
2. 26. Mai 2016 von 15 – 17 Uhr im Bürogebäude FMP 1 – **Vorstandssitzung** OWUS BB

Links

http://www.sodi.de/kampagnen_bildung/kampagnen/stopp_der_subventionierung_von_at_omenergie/

<http://www.die-linke-thl.de/mediathek/parlamentsreport/>

<http://www.unz.de/> Die linke Zeitung für Politik, Arbeit, Soziales und Kulturelles in Thüringen

http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/marzahn_hellersdorf_links/2016/

Marzahn-Hellersdorf *links* 04/2016

Unsere Geburtstagskinder für den Mai 2016

Eike Weichert	01.05.	(50.)
Schlangen, Dietmar	01.05.	
Kai Boeddinghaus	09.05.	
Förster, Daniel	19.05.	
Frieß, Gisela	20.05.	
Klaus Apel	25.04.	(70.)

Herzlichen Glückwunsch!!!!!!

Euch allen einen schönen Mai!

Euer OWUS Vorstand Berlin-Brandenburg

Falls Ihr den Newsletter abbestellen möchtet, sendet einfach eine Antwortmail an den Absender tuk-j.heinrich@derpart.de .